

Bonner Koalition hat richtig gehandelt

CDU/CSU-Opposition hat den Blick für die Zukunft verloren

Von Karl Wienand MdB,
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Bundestag und Bundesregierung haben mit der Verabschiedung der konjunkturpolitischen Maßnahmen nicht nur ein Serum gegen die überschäumende Konjunktur auf den Markt gebracht. Sie haben zugleich der Bevölkerung ein wirksames Gegengift gegen das von der Opposition verabreichte schleichende Gift der Inflation injiziert.

Die Entscheidungen der letzten Woche waren richtig, ihre Auswirkungen werden bald zu spüren sein. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages verließen ihre Ferienquartiere nicht, um "just for show" ein paar weniger schöne Stunden in Bonn zu verbringen. Sie unterbrachen ihren Urlaub, um den Zugriff zu wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumenten freizumachen, deren es in dieser Boom-Phase der wirtschaftlichen Entwicklung bedurfte.

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen ließen sich davon leiten, daß die Arbeitsplätze sicher bleiben müssen. Eine Wiederholung der Zustände von 1966/67 kam nicht in Frage. Nachdem die Wirtschaft weiter auf vollen Touren lief, mußte im Interesse eines besseren Gleichgewichts und zur Entlastung der Deutschen Bundesbank neben den bisherigen haushaltspolitischen Maßnahmen ein weiteres Stabilitätsprogramm der Bundesregierung treten. Zudem galt es auch, den Einkommenszuwachs der Arbeitnehmer zu sichern: 1970 ist bisher ein Jahr, in dem die Löhne und Gehälter in der Industrie stärker gestiegen sind als je zuvor.

"Bonn" hat nun gehandelt, einmal, um die Arbeitsplätze zu sichern, zum anderen, um die Stabilität bei den Preisen wiederzugewinnen. Darauf - und das wird häufig übersehen - haben Regierung und Parlament nicht alleine Einfluß. Der Bundeswirtschaftsminister hat jedoch die Zeichen angedeutet, die dafür sprechen, daß Bundesbank und Tarifpartner das Signal von Bonn verstanden haben und ihre eigenen bevor-

stehenden Entschlüsse an den Bonner Maßnahmen orientieren werden.

Mit Rücksicht auf den Konjunkturablauf ist die Bundesregierung in den letzten Monaten bei der Verwirklichung ihrer innenpolitischen Reformen kurz getreten. Dies kann kein Dauerzustand werden. Die jetzige neue Phase der Stabilisierungspolitik schafft deshalb auch Raum für neue Reformen. Es ist daher kein Widerspruch in sich, wenn die Bundesregierung in der vergangenen Woche ebenfalls den Entwurf des Etats für 1971 verabschiedete und darin deutliche Zeichen für Reformen setzte. Fast alle Reformen kosten Geld, und wer sie will, darf deshalb von den staatlichen Organen nicht verlangen, daß sie die Ausgaben kürzen. Insonderheit stellt sich ein Zeugnis von Kurzsichtigkeit mit besonders hohen Dioptrien aus, wer notwendige Konjunkturmaßnahmen des Augenblicks mit der langfristigen Realisierung gesellschaftspolitischer Notwendigkeiten in einen Topf wirft.

Die Opposition verschließt sich dieser Einsicht. Damit steht fest: sie gibt kurzfristigen Überlegungen den Vorzug und betreibt eine Politik "à jour". Projektionen in die Zukunft finden bei ihr nicht statt.

Die Opposition mit ihren konjunkturpolitischen Widersprüchlichkeiten in sich selbst fügte ihren Unglaubwürdigkeiten eine weitere hinzu. Sie enthielt sich der Stimme und stimmte teilweise gegen das Regierungsprogramm - eine Widerspiegelung ihres inneren Zustandes. Franz Josef Strauß parodierte sich erneut selbst. Und Karl Schiller, der dessen 45-Minuten-Vortrag treffend als "Klamauk" bezeichnete, konnte seinem früheren Minister-Kollegen genüßlich in Erinnerung rufen, daß Strauß, der die jetzigen Maßnahmen als zu spät kommend abqualifizieren wollte, im Juli 1969 der zeitweiligen Aussetzung der degressiven Abschreibung auf Druck von Kiesinger die Zustimmung versagte.

Wie sagte doch Herr Strauß auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg: "Das ganze Elend hat doch damit begonnen, daß man bereits vor den Bundestagswahlen, über eineinhalb Jahre zurück, zwischen uns und den Sozialdemokraten eine völlig verschiedene Konjunkturbeurteilung hatte". Wie recht er hatte!

Die CDU/CSU kommt eben immer zu spät. Die Minderheitsfraktion im Deutschen Bundestag trudelt konjunkturpolitisch weiter dahin.

Nicht nur durch leidvolle Geschichte verbunden

Versöhnung zwischen Deutschen und Polen eine geschichtliche Aufgabe

Von Karl-Hans Kern SPD-MdB

Wer sich heute um die Versöhnung zwischen Deutschland und Polen bemüht und einen Schlußstrich unter die Jahrhunderte dauernden Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen beiden Völkern ziehen will, muß unmißverständlich deutlich machen:

1. Wir wollen, daß die Menschen, die heute in den Oder-Neiße-Gebieten und an der Ostsee leben, auch in Zukunft ohne Angst vor Krieg und Vertreibung friedlich leben können.
2. Polen soll wissen, daß das heute bestehende und von Polen bevölkerte Territorium ebenso wie seine Grenzen für uns unverletzlich sind.
3. Wir wissen, daß es keine Rechtsakte gibt, die das den Polen vom nationalsozialistischen Deutschland zugefügte Unrecht des 2. Weltkriegs und das Unrecht der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten wieder gut machen könnten.
4. Wir wissen jedoch, daß dieses Unheil seine Wurzel im nationalistischen Denken hatte und daß daher eine dauerhafte Friedensordnung nur auf der endgültigen Überwindung nationalistischer Denkkategorien aufgebaut werden kann.

Wir erleben gegenwärtig in der Bundesrepublik eine Auseinandersetzung um die Ostpolitik der Bundesregierung, die zeigt, wie schwer sich viele in Deutschland von den nationalen Denkkategorien trennen können. Der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien wird vorgeworfen, sie trieben eine Politik des nationalen Verrats und des Ausverkaufs deutscher Interessen. Gewiß steht fest, daß die Oder-Neiße-Gebiete von Schlesien bis Hinterpommern seit dem Mittelalter zum Deutschen Reich gehörten, aber neben dieser Feststellung muß man sich auch vor Augen halten, daß diese Gebiete am Ende des 2. Weltkriegs zum großen Teil zerstört waren und ein großer Teil der deutschen Bevölkerung das Land vor den einrückenden russischen Truppen verlassen hatte. Die nach Kriegsende einsetzende Vertreibung der Deutschen ist noch unter dem Einfluß von Krieg und Kriegshaß zu verstehen, jedoch nicht zu rechtfertigen. Die Entscheidung über die Verschiebung Polens

nach Westen und die Vertreibung der Deutschen fiel nicht in Polen und nicht erst nach Kriegsende. Diese Entscheidung war bereits am 1. Dezember 1943 bei der Konferenz von Teheran gefallen und zwar in völliger Übereinstimmung der drei Alliierten Churchill, Roosevelt und Stalin. Dies ist das Erbe des vom Nationalsozialismus begonnenen Krieges.

Gerade weil wir heute frei von Komplexen die Kriegsschuld Hitlers und des Nationalsozialismus und damit auch das unsägliche Leid, das dieser Krieg über Millionen Menschen gebracht hat, erkennen, sind wir hellhörig gegenüber jeder Form von Nationalismus. Daher haben wir heute auch kritische Fragen im Dialog mit Polen. Ist die polnische Terminologie von den "wiedererlangten Gebieten an Oder und Neiße und an der Ostsee" nicht eine Überflüssige, im frühen Mittelalter begründete Geschichtstheorie, die als Reaktion auf den deutschen Nationalismus selbst nationalistische Züge trägt? Daß Polen sein Territorium nach dem Zweiten Weltkrieg im Ganzen nicht erweitert hat, sondern die deutschen Gebiete als gerechten Ausgleich für die im Osten von der Sowjetunion einverleibten polnischen Gebiete ansah, verstehen wir. Weil jedoch das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden kann, kommt es heute darauf an, nichts Unzumutbares voneinander zu verlangen, jedoch einen Weg zu suchen, der jedes Volk in gesicherten Grenzen und mit freundschaftlichen Verbindungen zu seinen Nachbarvölkern leben läßt.

Der Hinweis darauf, daß die Volksabstimmungen nach dem 2. Weltkrieg in Schlesien und in Westpreußen eindeutige Mehrheiten für den Verbleib bei Deutschland gebracht haben, hilft uns heute ebensowenig weiter wie der Hinweis darauf, daß diese Gebiete im frühen Mittelalter polnisch waren.

Wir wollen mit Polen in gut nachbarlichen Beziehungen leben. Es verbindet uns mit diesem Volk mehr als nur eine leidvolle Geschichte. Es verbindet uns mit Polen der Wille, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu schaffen, in der der Krieg als Mittel der Politik für immer ausgeschlossen bleibt.

+ + +

Zahlen, die erschrecken

Viele tödliche Hausunfälle

Der Unfallteufel lauert nicht nur auf unseren Straßen, sondern auch in unseren Wohnungen. Das beweist eine jetzt aufgestellte Statistik in Nordrhein-Westfalen: Von 10.096 Menschen, die 1969 bei Unfällen im volkreichsten Bundesland ums Leben kamen, starben allein 40 v.H. im häuslichen Bereich. Mit insgesamt 4004 Unfallopfern im Hause waren annähernd so viele Todesopfer wie im Kraftfahrzeugverkehr zu beklagen (4.510 = 45 v.H.).

Die Zahl der Unfälle im Hause mit Todesfolge stieg 1964 (3.021) bis 1968 (4.142) unaufhörlich an, während die Zahl der bei Autounfällen zu Tode gekommenen Menschen zurückging und 1969 den niedrigsten Stand seit 1964 verzeichnete.

Kurios ist die Tatsache, daß im letzten Jahr etwas ein Drittel (1.393) aller in Häusern ums Leben gekommenen Unfallopfer Männer waren. Aufschlußreich ist ferner die Aufgliederung der Zahl der Unfallopfer nach Altersgruppen: 54 v.H. aller männlichen Unfallopfer waren bis 75 Jahre alt (gegenüber 28 v.H. aller weiblichen Unfallopfer im Hause).

Insgesamt ist der Anteil der über 75 Jahre alten Unfallopfer (1969 = 63 v.H.) in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen erheblich gestiegen. Dieser Anteil betrug z.B. 1961 noch 39 v.H.

Bei jüngeren Menschen wurde demgegenüber ein relativer Rückgang der Unfallziffern festgestellt. So hat sich z.B. der Anteil der im häuslichen Bereich tödlich verunglückten Kinder unter 15 Jahren seit 1961 von 14 v.H. auf 8 v.H. vermindert.

Fachleute führen den steigenden Anteil älterer Menschen vor allem auf die starke Zunahme der Unfallhäufigkeit dieser Altersgruppe zurück. 1961 kamen in NRW 22, 1969 aber 40 Todesfälle auf 10.000 Einwohner.

Überprüft man die ärztlich festgestellten Todesursachen, ist eindeutig festzuhalten, daß sich viele Menschen ahnungslos, ja höchst gleichgültig in die Fänge des "häuslichen Unfallteufels" begeben. Denn 1969 waren in NRW 84 Prozent aller tödlichen Hausunfälle auf "Stürze" zurückzuführen (1961 = 77 v.H.). Als weitere Unfallursache mit Todesfolge im Hause rangierten "mechanisches Erstickten", Gas und elektrischer Strom.

pay.